

Die Wirtschaft in Gefahr.

Ein Appell an die Öffentlichkeit.

Berlin, 21. Nov. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller teilt mit:

Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem zur Zeit in Gang befindlichen Lohnkampf eingehend befaßt. Mit ernster Sorge verfolgt er die Entwicklung des Streikes der rund 45 000 Werftarbeiter, der zur Durchsetzung ganz unerfüllbarer Forderungen von den Gewerkschaften vom Haupte geboten worden ist und bereits vom 1. Oktober dieses Jahres ab dauert. Es handelt sich hier um eine Kampfmaßnahme der Gewerkschaften gegen eine große Wirtschaftsgruppe, die, wie allgemein bekannt, schon seit geraumer Zeit unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen arbeiten muß. Trotzdem wird der Kampf nun schon bald acht Wochen durchgeführt. Aber weder die öffentliche Meinung, noch die Parlamente und die Regierung haben gegen ihn Stellung genommen. Den Unternehmern dagegen will man ganz allgemein die Anwendung von Notwehrmaßnahmen, die sonst jedem gestattet sind, verwehren.

Ebenso wenig wie die Firmen des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe sind die Werften angefaßt ihres völlig unzureichenden Beschäftigungsgrades und des ganz besonders scharfen ausländischen Wettbewerbs in der Lage, die Selbstkosten durch allgemeine Lohnzulagen und Verkürzung der Arbeitszeit noch weiter zu erhöhen. Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller hält das Vorgehen der Gewerkschaften gegen die Werften auch im Hinblick auf den bei den Werften vorhandenen tatsächlichen Notstand für unverantwortlich und unterstützt die Werften in ihrem Abwehrkampf.

Ferner bedauert der Vorstand des Gesamtverbandes lebhaft, daß es infolge der das Ergebnis der Verhandlungen vom Sonnabend, 17. d. M., in Düsseldorf abzuwendenden Haltung der Gewerkschaften nicht gelungen ist, den Wirtschaftsfrieden für das Gebiet Nordwest wieder herzustellen. Der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes hält sich daher für verpflichtet, die gesamte deutsche Öffentlichkeit auf den Ernst der wirtschaftlichen Fragen hinzuweisen, die der Auseinandersetzung im Westen zugrunde liegen.

Eine allgemeine Lohnherabsetzung, wie sie der Schiedspruch vorseht, müßte eine Eisenpreiserhöhung nach sich ziehen, die, angesichts der niedergehenden Konjunktur und des immer schwerer zu überwindenden ausländischen Wettbewerbs, besonders für die weiterverarbeitende Industrie von den verhängnisvollsten Folgen sein würde. Darüber hinaus ist zu befürchten und in den an Nordwest anstößenden Gebieten bereits zu erkennen, daß eine allgemeine Lohnherabsetzung bei Nordwest auch in der Eisen- und Maschinenindustrie des übrigen Deutschlands den Anstoß zu einer weiteren Erhöhung des Lohn- und damit auch des Preisstandes geben wird.

Die im Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller zusammengeschlossenen Unternehmen haben vom Beginn des Kampfes ab mit voller Empathie auf Seiten des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gestanden. Denn sie sind sich der Opfer, die dieser Verband bei seinem Kampfe auch für die Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeiten anderer großer Teile der deutschen Wirtschaft bringt, bewußt und wissen ihm dafür Dank.

Wit allen Nachdruck legt der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller die Verantwortung darauf, wie die vom Reichstag für die Fälle von wirklicher Not beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen im Ausperrungsgebiet durchgeführt werden sollen. Die Anerkennung der Bedürftigkeit bei allen Ausperrten, auch bei den organisierten, bedeutet doch die Entlastung der Gewerkschaftskassen auf Kosten der Allgemeinheit, also der Steuerzahler, eine ganz einseitige Parteinarbeit zugunsten der ausgesperrten Arbeiter gegen die Arbeitgeber, also eine Verlängerung des Arbeitskampfes auf unabsehbare Zeit. Denn noch den Richtlinien für die Unterstützung der vom Reichstag beschlossenen Unterstützung erhält ein verheirateter organisierter Arbeiter mit zwei Haushaltsangehörigen einschließlich der Streikunterstützung 47 RM. die Woche. Diese Summe steigt wesentlich, wenn noch mehr Haushaltsangehörige vorhanden sind.

London, 22. Nov. Auf einer Zusammenkunft des Verbandes der Maschinenbau- und Schiffbauindustrie-Gewerkschaften wurde mitgeteilt, daß wegen der Ausperrung der deutschen Metallarbeiter wahrscheinlich einige Schiffe zur Ausbesserung nach britischen Häfen geschickt werden würden. Es wurde beschlossen, den Vollzugsauschüssen der in Frage kommenden Gewerkschaften zu empfehlen, ihre Mitglieder anzuweisen, solche Reparaturarbeiten nicht auszuführen.

Noch keine Antwort.

Über die Alliierten sind einig.

London, 21. Nov. Reuter erfährt, daß der Wortlaut der Antwort, welche die alliierten Regierungen zur gehörigen Zeit über die vorgeschlagene Sachverständigenkommission zur Regelung der Reparationsfrage an die deutsche Regierung senden werden, noch nicht endgültig festgelegt ist, obwohl, soweit bekannt, keine Meinungsverschiedenheit über irgendeinen wichtigen Punkt besteht. Auch ist noch keine Entscheidung getroffen über den Weg der Übermittlung, die Form der Note, die Zahl der Sachverständigen oder den Ort des Zusammentritts.

Paris, 21. Nov. Amlich wird mitgeteilt: Außenminister Briand empfing heute den englischen Botschafter Tyrrell, mit dem er eine längere Unterredung über eine Reihe von Fragen hatte, die gegenwärtig Gegenstand der Aussprache unter den Alliierten und zwischen ihnen und Deutschland sind: Die Zusammenfassung des Ausschusses der Finanzsachverständigen, der die endgültige Regelung der Reparationsfragen prüfen soll, die vorzeitige Rheinlandräumung und Ernennung einer Feststellungs- und Versöhnungskommission.

Die Verhandlungen im Wirtschaftskonflikt verlagert.

Essen, 21. Nov. Die Schwierigkeiten, die sich dem endgültigen Abschluß der Vermittlungsverhandlungen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie entgegenstellen, haben zu einer Vertagung geführt. Das Landesarbeitsgericht Duisburg hat den Verhandlungstermin auf Sonnabend, den 24. November, angelegt. Dadurch ist bei beiden Parteien der Wunsch erweckt worden, vor Eingehung fester Bindungen die Entscheidung der Revisionsinstanz abzuwarten. Die Verhandlungen sollen deshalb bis zur Entscheidung des Gerichts ausgesetzt werden. Zu dem Vertagungsbeschlusse hat auch die heutige Besprechung des Regierungspräsidenten mit den Gewerkschaftsvertretern beigetragen, die eine langfristige Bindung unter Außerachtlassung der späteren Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts ablehnten.

Die Unterstützungsfrage.

Essen, 21. Nov. Nach Verhandlungen, die unter Leitung des Wohlfahrtsministers Dr. Hirtfelder in Essen stattfanden, erhalten die von der Ausperrung betroffenen Arbeitnehmer folgende Unterstützungsätze für die Woche: Alleinlebende Personen ohne eigenen Haushalt 8 Mark, Ehepaare 16 Mark, alle im Haushalt des Hauptunterstützungsberechtigten zu versorgenden Personen je 3,50 Mark. Die Rückzahlung der Unterstützung darf nicht verlangt werden. Grundsätzlich sind alle von der Ausperrung betroffenen Personen als hilfsbedürftig anzusehen. Die Unterstützung kann auch in Sachleistungen erfolgen. Den Fürsorgeverbänden werden von den Leistungen 85 v. H. erstattet.

Bochum, 22. Nov. Der Märkische Arbeitgeberverband hat zum 30. November die Ausperrung von 11 607 Arbeitern verfügt.

Dawesplan und Wirtschaft.

Köln, 21. Nov. Vor den gesamten Verbänden der „Vaterländischen Arbeitergemeinschaft“ Köln sprach am Dienstagabend im großen Saal der Lesegesellschaft Geheimrat Finanzrat Dr. Pang über „Dawesplan und Wirtschaft“. Er führte u. a. folgendes aus:

Die Wirkung der Erfüllungspolitik ist vernichtend. Die Landwirtschaft ist nur das erste Opfer der durch den Dawesplan regulierten wirtschaftlichen Ausbeutung. Der Ruhrkampf ist ein Zeichen dafür, daß als zweites Opfer die Schlüsselinindustrie vor ihrem Daweschicksal steht. Die unerträgliche Steigerung der Selbstkosten bei Eisen und Kohle ist wesentlich durch die Dawesregelung, insbesondere die Daweschichtenpolitik bedingt. Das Gesamtbetriebsvermögen der ausbringungspflichtigen Wirtschaft ist von 1924 bis 1927 um 18 1/2 Prozent zurückgegangen, ein Beweis für das Absterben unserer Wirtschaft. Keine Nationalisierung ist imstande, diese Entwicklung aufzuhalten. Nur eine grundlegende Revision unserer Belastung kann der Wirtschaft helfen, wobei auszugehen ist von der Revision des Schuldgrundes, also der Kriegsschuldfrage. Wenn danach und nach Anerkennung des bisher Geleisteten noch etwas zu leisten ist, so kann das nur unter Transferfiskal geschieden, dessen Beseitigung eine neue Inflation bedeuten würde, und nur nach Wiederherstellung der deutschen Lebensmöglichkeiten, die innerhalb der gegenwärtigen Grenzen nicht gegeben ist.

Der begrabene Aktstundentag.

London, 21. Nov. Im Oberhaus warf Carl of Lytton die Frage des Washingtoner Aktstundentages ab und beantragte, die Regierung solle das Internationalen Arbeitsamt in Genf über die präzisesten Punkte unterrichten, in denen sie die Revisionen des Abkommens wünsche. Im Namen der Regierung erklärte Lord Londonderry, England sei verpflichtet, die Anwendung des allgemeinen Grundgesetzes des Aktstundentages bezw. der 48 Stundenwoche, soweit es seine besonderen Umstände erlaubten, aufrechtzuerhalten und zu fördern, weil dies einen Teil seiner Verpflichtungen aus dem Versailles Vertrag bilde. Der Text des Abkommens habe sich jedoch als verschleiert und zweideutig erwiesen und nicht die notwendigen Bedingungen für eine gleichmäßige Handhabung nach der Ratifizierung gewährt. Auch habe das Abkommen keinen Spielraum für die Praxis in verschiedenen Industriezweigen, bei seinem Hauptzweck durchaus vereinbar wäre, gelassen. Weder die jetzige Regierung noch die Arbeiterregierung habe das Abkommen, das in seiner jetzigen Form für die besonderen Umstände Englands so ungeeignet sei, und so viele Unklarheiten enthalte, ratifizieren können.

Jungdemokraten gegen demokratische Reichstagsfraktion.

Berlin, 21. Nov. Der Reichsbund der deutschen Jungdemokraten gibt bekannt: Die Berliner Bundesleitung des Reichsbundes der deutschen Jungdemokraten stimmt der Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion in der Panzerkreuzerfrage in keiner Weise zu. Sie erklärt zur Rede ihres ersten Vorsitzenden Ernst Lemmer, daß der Reichsbund der deutschen Jungdemokraten seine Ablehnung gegenüber dem Bau des Panzerkreuzers A in vollem Umfange ausdrücklich erhält. Einmütig ist jedoch die Berliner Bundesleitung der Auffassung, daß trotz dieser einmaligen sachlichen Differenz der Bund mit seinem Führer zusammenhalten und auch weiterhin aufs engste zu ihm stehen muß. — Na also!

Belgrad, 20. Nov. Wie die Zeitung Pravda aus Patrah (Slawonien) meldet, explodierte letzte Nacht eine Bombe vor dem Hause des Vorsitzenden des Ortsausschusses der radikalsten Partei, Kollisch. Durch die Explosion wurden die Fensterscheiben eingedrückt und sonstige Schäden angerichtet. Personen wurden nicht verletzt. Der Anschlag wird als Akt politischer Rache betrachtet.

Rom, 21. Nov. Der Ministerpräsident hat verfügt, daß das Militärstrafgesetz in Zukunft auch auf die Angehörigen der Miliz angewendet werden soll.

Studentenunruhen in Oxford.

London, 21. Nov. In der Nacht zum Mittwoch kam es hier zu Studentenunruhen. Etwa 1000 Studenten demonstrierten vor dem Clarendon-Gebäude, dem Amtsgebäude des Rektors, als Protest gegen die seit einiger Zeit verschärfte Handhabung der Unversitätsbestimmungen. Eine Anzahl maskierter Studenten fuhr in Automobilen vor dem Clarendon-Gebäude vor, zertrümmerte fast sämtliche Fensterscheiben und richtete auch im Inneren des Gebäudes erheblichen Schaden an. Sämtliche Erkennungszeichen an den Automobilen, mit denen sie nach vollbrachter Tat die Flucht ergriffen, waren von den Studenten beseitigt worden. Später versammelten sich etwa 1000 Studenten vor dem Gebäude und verhielten sich, mit einer gefährlichen Vorladung Einlaß zu erhalten. Als dies jedoch nicht gelang, wurde die Feuerwehr alarmiert, um so die allgemeine Bewirung auszumitigen und mit Gewalt einzubringen. Sie konnten aber von den Dienern des Gebäudes und der Polizei an ihrem Vorhaben verhindert werden. Die Unversitätsbehörden legen der Demonstration ernste Bedeutung bei und haben alle Schritte unternommen, um die Anstifter der Verschönerung ausfindig zu machen.

Danzig, 21. Nov. In der heutigen Volkstagsitzung wurde das von den Bürgervereinen eingebrachte Volksbegehren, das den Volkstag und den Senat verkleinern und die Magistratsverfassung der Stadtgemeinde wiederherstellen will, von den Regierungsparteien abgelehnt.

Unruhen in Persien.

Pasra, 21. Nov. Im Verlauf eines auf Befehl der persischen Regierung ausgeführten Fliegerangriffs auf den in der Nähe von Moos wohnenden arabischen Stamm der Beni Turuf wurden drei aufreißerische Scheichs getötet.

Demonstration gegen die Simon-Kommission.

New Delhi, 21. Nov. Als die Simon-Kommission von Peshawar hierher zurückkehrte, hatte sich vor der Eisenbahnstation eine Menge von etwa 10 000 Personen gesammelt, die gegen die Kommission demonstrierte und sie zur Rückkehr nach England aufforderte.

Gera, 21. Nov. Heinrich XXVII., vormalig regierender Fürst Reuß jüngerer Linie, dessen Förderung und Fürsorge insbesondere das Reußische Theater und die Reußische Kapelle in Gera viel verdankt, ist im Alter von 71 Jahren gestorben.

London, 21. Nov. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 12. November 1 348 200, was eine Abnahme gegenüber der Vorwoche um 1576 und eine Zunahme gegenüber dem Vorjahre um 222 465 darstellt.

Paris, 21. Nov. In Lüttich wurde der Italiener Bartolomei verhaftet, der den italienischen Priester Caronobossi erschossen hat. Er hat die Tat eingestanden.

Paris, 21. Nov. Havas meldet aus Schanghai, daß die chinesische Regierung 50 000 Dollar als erste Rate zur Wiedergutmachung der bei den Zwischenfällen in Nanjing Frankreich zugefügten Schäden entrichtet hat.

Melbourne, 21. Nov. Gegen das Haus des Direktors der Schiffsahrtsgesellschaft Crossby, eines der bekanntesten Reedere, wurde heute eine Bombe geworfen. Das Haus wurde stark beschädigt, aber die Familie Swantons, die in einem der oberen Stockwerke wohnte, blieb unverletzt.

Schanghai, 21. Nov. In der Yangtse-Mündung wurde eine Dschunke von 60 Seeräubern überfallen, die die aus 18 Mann bestehende Besatzung nach hartem Kampf überwältigte, sie bis auf drei ermordete und die Leichen über Bord warf. Die Dschunke wurde erst nach Zahlung eines Lösegeldes von 16 000 mexikanischen Dollar freigegeben.

Derliche Angelegenheiten.

Oberstudiendirektor Dr. Schmidt-Breitling †.

Am Dienstag abends 11 Uhr verschied im Krankenstift Zwickau der Rektor des Staatsrealgymnasiums zu Schneeberg, Herr Oberstudiendirektor Dr. Schmidt-Breitling an einem inneren Leiden, das seinen Ausgang in der Bauchspeicheldrüse und einer Niere genommen hatte. Er hatte noch am Sonnabend der Sprecheraufführung des literarischen Kreises seiner Schule im Kasino beigewohnt und dabei den Eindruck eines lebensfrischen Mannes gemacht. Am Montag waren Komplikationen des Leidens, von dem niemand etwas wusste, eingetreten. Dr. Schmidt-Breitling mußte in das Krankenstift gebracht werden. Dort war eine Operation nicht möglich, da das Herz zu schwach war. Die Einäscherung findet Freitag in Zwickau statt, die Beisetzung in Meissen.

Deute Donnerstag früh fand in dem oberen Gebäude des Staatsrealgymnasiums eine Trauerfeier statt, zahlreiche auswärts wohnende Schüler und Schülerinnen erfuhr, daß am Mittwoch Bußtag gewesen war, erst beim Eintritt in das Schulhaus vom Tode ihres Rektors! Der Gesang des Liedes: „Wer weiß, wie nahe mir mein Ende, leitete die Feier ein. Herr Studiendirektor Prof. Dr. Wrose hielt die Gedächtnisrede. Er hob die Verdienste hervor, die sich der Rektor in der kurzen Zeit seines Wirkens an der Schneeberger Schule erworben hat, seine unermüdete Arbeitskraft, seinen guten reinen Willen, seinen lebendigen Geist, ging auf die Ziele ein, die sich der Hingeshiedene als Lehrer und Erzieher gesetzt hatte, und schilderte die im Leben und Handeln lebenswichtigen Persönlichkeiten des Verstorbenen. Mit dem Gesang des Liedes: „Sprich Ja zu meinen Taten, schloß die einfache, eindrucksvolle Gedenkfeier, an welcher auch die Gattin und Kinder des Dahingegangenen teilgenommen hatten.

Dr. Otto Ludwig Hellmuth Schmidt-Breitling war am 11. April 1884 als Sohn des bekannten sächsischen Geschichtsforschers Otto Ewald Schmidt in Dresden geboren, besuchte die Fürstenschule zu Meissen, studierte in Leipzig und Bonn Geschichte, Deutsch und Latein, promovierte 1907 mit einer Arbeit über die sächsischen Bauernunruhen des Jahres 1790, lehrte dann am Realgymnasium zu Freiberg, dem Carolinum-Gymnasium zu Leipzig und von 1920 ab an der Fürstenschule zu Meissen. Ostern 1928 übernahm er die Leitung des Schneeberger Staatsrealgymnasiums.

Druckfehler. In dem Ueber dem Freitag-Artikel von Bußtag muß das Wort im ersten Absatz natürlich heißen: „Der Mensch ist, was er ist“ und nicht: „Der Mensch ist, was er ist“.